Haushaltsrede 2025

Rede von Landeshauptmann Arno Kompatscher

Bozen,

Südtiroler Landtag,

am 3. Dezember 2024

Für eilige Leserinnen und Leser

Wir wollen Weichen für eine nachhaltige Zukunft stellen. In den kommenden Tagen diskutieren wir die Verteilung des bislang größten Anfangshaushalts Südtirols. Die Summe von über 8 Milliarden Euro ist beachtlich. 1

Südtirols Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind kontinuierlich gestiegen. Im Regional Innovation Scoreboard 2023 wird Südtirol als „moderate innovator“ eingestuft. Hier sollte weiterhin investiert werden. 3

Der Südtiroler Landeshaushalt verteilt erwirtschaftete Mittel. Schulden spielen aktuell eine untergeordnete Rolle. Das ist das Ergebnis von strategischer Arbeit, die es fortzusetzen gilt. 5

Ein zentrales Ziel dieses Haushalts ist es, wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung und die Altersarmut auf den Weg zu bringen. 6

Die verfügbaren Haushaltsmittel schaffen eine solide Grundlage, um den Kaufkraftverlust der öffentlich Bediensteten auszugleichen und den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten. 8

Die Südtiroler Landesregierung bekämpft Armut durch gezielte soziale Transferleistungen. Dabei spielt auch die hohe Steuermoral eine wichtige Rolle. 8

Es gibt in Südtirol mehr Zweitwohnungen als Beherbergungsbetriebe. Auf der Grundlage einer Erhebung nach GIS-Steuerklasse werden über 20.000 Wohnungen für touristische Zwecke genutzt. 12

Die Sicherheitsfrage wird angesichts der Klimakrise und der damit verbundenen Herausforderungen für den Bevölkerungsschutz immer wichtiger. Naturereignisse zeigen, dass der Kurs der Agentur für Bevölkerungsschutz fortgesetzt werden muss. ... 13

Wir wollen im Bereich des Bevölkerungsschutzes verstärkt auf Sensibilisierung setzen, um die Eigenverantwortung, den Selbstschutz und damit die Widerstandsfähigkeit und Resilienz der Gesellschaft zu fördern. 14

Die Instandhaltung der Straßen, mit Fokus auf Verkehrssicherheit und bauliche Erneuerung, wird durch den Klimawandel und häufige Unwetterereignisse zunehmend ressourcenintensiver. 16

Mit der Umstellung auf erneuerbare Energien wird die Frage nach Speichermöglichkeiten wichtiger. In Ulten bietet sich die Chance auf ein Pumpspeicherkraftwerk. Die Frage ist, wie die Bevölkerung dazu steht. 17

Die traditionelle Almwirtschaft ist durch die Rückkehr des Großraubwilds bedroht. Der Fokus liegt auf der geregelten Entnahme von Schadwölfen, der Weg dahin ist aber lang. 19

Nicht nur der Klimawandel stellt uns vor große Herausforderungen. Auch die demografische Entwicklung stellt uns Aufgaben, die zusätzliche Ressourcen und neue Herangehensweisen notwendig machen. 20

Südtirol steht vor der wachsenden Herausforderung des Arbeitskräftemangels. Gleichzeitig zeigt sich ein Fachkräfteparadoxon: Es gibt offene Stellen und qualifizierte Arbeitssuchende, die nicht zusammenfinden. 21

Solange wir davon überzeugt sind, dass es konstruktive Lösungen gibt, werden wir sie auch finden. Diese Haltung vertreten wir auch im Zusammenhang mit der aktuellen Autonomiereform. 24

Abschließend wage ich zu hoffen, dass das geplante Bibliothekszentrum zu einem positiven Symbol für die Südtirol-Autonomie wird. 25

In Vielfalt geeint zu sein - das ist heutzutage eine enorme Herausforderung. 26

Mit „Einheit in Vielfalt“ im Blick wird es uns gelingen, selbst die größten Herausforderungen unserer Zeit mit Zuversicht anzugehen. 26

(ES GILT DAS GESPROCHENE WORT)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Vizepräsident,
sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag,
Hohes Haus!

Die Vorstellung des Landeshaushalts und die anschließende Debatte sind zentrale Bausteine unserer Demokratie. Sie bieten der Öffentlichkeit die Möglichkeit, einen Einblick in die finanziellen Planungen der Regierung sowie in die wichtigsten politischen Leitlinien zu gewinnen. Diese demokratische Teilhabe fördert im besten Fall das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungen des Südtiroler Landtags. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf wollen wir Weichen für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Zukunft stellen. In den kommenden Tagen diskutieren wir die Verteilung des umfangreichsten Anfangshaushalts, den dieses Land bisher gesehen hat. Bei öffentlichen Finanzen ist es an sich nicht ungewöhnlich, Rekordhaushalte aufzustellen, solange das Bruttoinlandsprodukt wächst und die Inflation zu nominal höheren Einnahmen führt. Dennoch sind 7,9 Milliarden Euro, die im Zuge dieser Landtagsdiskussion noch auf über 8 Milliarden Euro ansteigen werden, eine beachtliche Summe für einen Südtiroler Landeshaushalt. Eine Summe, die uns gute Möglichkeiten bietet, die Kernleistungen der öffentlichen Hand sicherzustellen und künftige Entscheidungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Südtirols zu treffen.

Wir wollen Weichen für eine nachhaltige Zukunft stellen. In den kommenden Tagen diskutieren wir die Verteilung des bislang größten Anfangshaushalts Südtirols. Die Summe von über 8 Milliarden Euro ist beachtlich.

Vor zehn Jahren ist es gelungen, den Südtiroler Landeshaushalt abzusichern. In meiner Haushaltsrede 2014 hatte ich seinerzeit betont, dass "*die Sicherheiten in unserem Lebensalltag schwinden*" und dass deren Stabilisierung zu den Hauptaufgaben gehört, um die Bürgerinnen und Bürger in jenem Optimismus zu bestärken, den sie brauchen, um ihre Lebensentwürfe verwirklichen zu können. In vieler Hinsicht ist das gut gelungen, obwohl die Vorzeichen auf nationaler und internationaler Ebene vielfach andere waren. Nach wie vor bin ich der Ansicht, dass Sicherheit vor allem auch dadurch erreicht wird, dass man sich widrigen Rahmenbedingungen stellt und akzeptiert, dass es kaum einfache Lösungen für komplexe Fragen gibt.

Mit dem Sicherungspakt haben wir uns vor zehn Jahren von der staatlichen Schuldenspirale abgekoppelt und einen Schutzmechanismus etabliert, der uns vor einseitigen Eingriffen des Staates in unsere Finanzen schützt. "*Diese bereits erreichte Planungs- und Finanzierungssicherheit wird sich auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltungen positiv auswirken und garantiert nicht zuletzt, dass der verfügbare Landeshaushalt weiterhin eine solide Basis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land darstellt*", so damals meine Prognose. Diese Erklärung hat

sich nicht nur bestätigt, die positiven Erwartungen wurden sogar übertroffen. Dies ist ein bedeutender Erfolg, der eine langfristig solide Grundlage geschaffen hat, auf der das Land Südtirol auch künftig aufbauen kann. Vor zehn Jahren belief sich der Haushalt auf rund 4,6 Milliarden Euro. Heute sprechen wir von einem Haushalt in Höhe von über 8 Milliarden Euro, der bis zu seinem Abschluss im nächsten Jahr noch wachsen wird. Der aktuelle Haushalt liegt rund 2 Milliarden über dem Ergebnis, das wir 2014 erwartet hatten. Man kann also behaupten, dass etwas weitergegangen ist. Heute stehen wir finanziell gut da, weil positive Erwartungen und unternehmerische Aktivitäten ihre Wirkung entfaltet haben.

Ein Rückblick zeigt, dass es in Südtirol in vielen Bereichen eine günstigere Entwicklung gegeben hat als in anderen europäischen Regionen. Besonders hervorheben möchte ich den positiven Verlauf des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf, das deutlich über dem nationalen Durchschnitt liegt. Diese wirtschaftliche Stärke zeugt von einer erfolgreichen politischen Strategie und den konjunkturfördernden Investitionen der letzten Jahre. Südtirols Wirtschaft hat sich seit 2014 gut entwickelt. Wesentlich waren dabei Maßnahmen wie die Senkung der IRAP, die dann teilweise wieder rückgängig gemacht werden konnte. Jetzt wird die IRAP-Entlastung erneut genutzt, um Anreize für höhere Löhne zu schaffen. Auch die Einführung und der sukzessive Ausbau der steuerbefreiten „no tax area“ beim IRPEF-Zuschlag für niedrige und mittlere Einkommen hat wichtige Impulse gesetzt und den Konsum angeregt. In den vergangenen 10 Jahren hat das Land Südtirol auf über 2,5 Milliarden Euro Steuereinnahmen verzichtet. Durch diesen Verzicht wurde auf unbürokratischem Weg die Kaufkraft vieler Bürgerinnen und Bürger gestärkt, ebenso wie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Auch in diesem Haushaltsentwurf setzen wir beim Thema des IRPEF-Zuschlags an. Unser Ziel besteht darin, die Familien zu unterstützen, indem Absetzbeträge für Kinder von 252 Euro auf 340 Euro je Kind erhöht werden. Die Einkommensgrenze für die Absetzbeträge steigt von 70.000 auf 90.000 Euro. Im Gegenzug wird für Einkommen über dieser Grenze die „no tax area“ abgeschafft, was für diese Kategorie eine verkraftbare Mehrbelastung von 430 Euro bedeutet.

Ein Erfolg der letzten Dekade ist die gezielte Forschungs- und Entwicklungsoffensive. Es wurden nicht nur die Ausgaben gesteigert, sondern auch wichtige Fortschritte gemacht. Der anfänglich mit Skepsis betrachtete NOI-Techpark ist ein Sinnbild für diese Strategie. Insgesamt ist Südtirols Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Im aktuellen Regional Innovation Scoreboard 2023, das insgesamt 27 verschiedene Innovationsindikatoren umfasst und damit einen Vergleich zwischen allen Regionen der Europäischen Union zulässt, wird Südtirol als „moderate innovator“ eingestuft, also eher im Mittelfeld. Dies nur als Hinweis an jene, die meinen, dass jetzt schon zu viel in Forschung und Entwicklung investiert wird.

Südtirols Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind kontinuierlich gestiegen. Im Regional Innovation Scoreboard 2023 wird Südtirol als „moderate innovator“ eingestuft. Hier sollte weiterhin investiert werden.

Insgesamt konnte die öffentliche Hand in Südtirol in diesen Jahren viel in Infrastrukturen investieren, unter anderem auch dank der neuen Gemeindefinanzierung. Neben den Investitionen des Landes und der Gemeinden haben in Südtirol auch jene Projekte eine beträchtliche Wertschöpfung generiert, die mit außerordentlichen Mitteln des Staates und der EU finanziert werden. Zu diesen Projekten gehören unter anderem der BBT samt Zulaufstrecken, Hochspannungsleitungen, der Schienenausbau und zuletzt auch die Olympiagelder. Die im Verhältnis zur Fläche und Bevölkerung des Landes überdurchschnittliche Investitionsquote des Staates und der EU konnte durch intensive Verhandlungen in Rom und Brüssel erreicht werden; sie hat langfristig positive Auswirkungen auf unsere Wirtschaftsleistung.

Während der Pandemie wurden durch Verhandlungen mit dem Staat und dank seinem Entgegenkommen im Sinne einer „loyalen und solidarischen Zusammenarbeit“ außerordentliche Unterstützungsmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen gewährleistet, was den erfolgreichen Neustart nach der Pandemie begünstigt hat. Damals überwies der Staat im Verhältnis zu den Mindereinnahmen sogar mehr Mittel nach Südtirol. Mit dem kürzlich unterzeichneten Abkommen werden nun 103 Millionen Euro an überschüssigen Ausgleichszahlungen rückerstattet. Zusätzlich wurde vereinbart, dass das Land Südtirol Finanzmittel zurückstellt, die jeweils erst im Folgejahr für Investitionen genutzt werden können. Es handelt sich um 19 Millionen Euro für 2025, jeweils 53 Millionen Euro für die Jahre 2026 bis 2028 und 85 Millionen Euro für 2029. Im Einklang mit der jüngsten Reform des europäischen Stabilitätspakts dient diese Rücklage dazu, Haushaltsdefizite vorzeitig auszugleichen. Da Südtirol keine Defizite aufweist, fließen die Mittel im Folgejahr wieder direkt in unsere Investitionskapitel. Grundsätzlich soll dieses Instrument dazu beitragen, laufende Ausgaben zu reduzieren, um mehr Mittel für den Schuldenabbau und Investitionen bereitzustellen. Da Südtirol weder ein Defizit noch erhebliche Schulden hat, sind die Auswirkungen neutral.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Südtirol zu sehen, die sich auch in der Eurostat-Karte in Abbildung 1 ablesen lässt. Der Südtiroler Landeshaushalt verteilt, was in der Regel vorher erwirtschaftet wurde. Schulden spielen für uns aktuell eine untergeordnete Rolle. Der aktuelle Landeshaushalt ist jedenfalls das Ergebnis einer jahrelangen strategischen Arbeit der Südtiroler Landesverwaltung, die es fortzusetzen gilt.

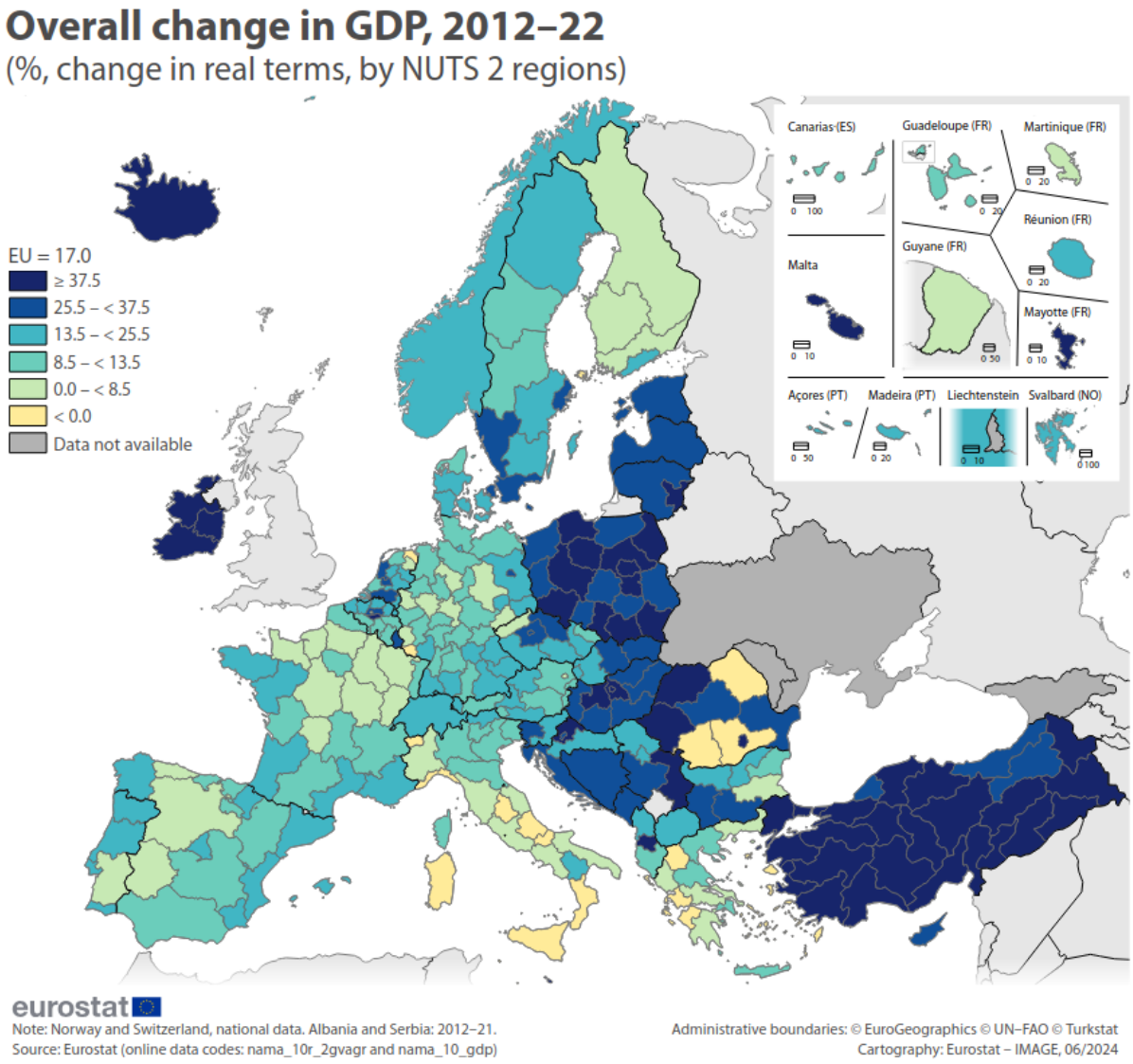

Abbildung 1 – Europakarte mit der Darstellung der Eurostat-Daten zu den unterschiedlichen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts in Prozent

Bevor ich gleich einige Schwerpunkte des Haushaltes 2025 aufzähle, möchte ich kurz an die Ausrichtung unseres Regierungsprogramms erinnern: "*Unser oberstes Ziel ist es, den Menschen in Südtirol ein hohes Maß an Lebensqualität und Sicherheit zu garantieren. Voraussetzung dafür ist eine chancengerechte Gesellschaft mit gleichem Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit zu einem gerechten Lohn. Insbesondere der Jugend soll das Vertrauen zurückgegeben werden, dass Eigenverantwortung, Fleiß und Einsatz es ermöglichen, die eigene Zukunft zu gestalten und persönliche Lebenspläne zu verwirklichen. Gleichzeitig und im selben Maße arbeiten wir für eine inklusive und solidarische Gesellschaft, in der objektiv benachteiligte Personen die notwendige Unterstützung erhalten, um ihre gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten. Ebenso soll das Vertrauen darin gestärkt werden, dass die Einhaltung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Schutz der persönlichen Sicherheit im privaten und öffentlichen Raum jederzeit gewährleistet werden. Das individuelle und kollektive Streben nach Lebensqualität, Sicherheit, Fortschritt und Entwicklung darf nicht zu Lasten der kommenden Generationen gehen, weshalb wir unsere*

Regierungstätigkeit nach den Grundsätzen der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit ausrichten. Eine der notwendigen Voraussetzungen für die Erreichung der genannten Ziele ist eine moderne, leistungsfähige und effiziente öffentliche Verwaltung."

Der Südtiroler Landeshaushalt verteilt erwirtschaftete Mittel. Schulden spielen aktuell eine untergeordnete Rolle. Das ist das Ergebnis von strategischer Arbeit, die es fortzusetzen gilt.

Die Umsetzung dieser Ziele erfordert Ressourcen wie Geld, Fachwissen, Arbeitskraft und Können. Die Grundlage dafür sowie für allgemeinen Wohlstand wird durch wirtschaftliche Tätigkeit geschaffen. Ohne eine starke Wirtschaft wäre ein Rekordhaushalt nicht möglich. Ebenso ist es wichtig zu erkennen, dass die Wirtschaft erheblich von den Rahmenbedingungen abhängt, die durch öffentliche Mittel entstehen. Beispiele hierfür sind Bereiche wie die Bildung, die Verkehrsinfrastrukturen, das Sozialwesen oder die Gesundheitsversorgung. Unsere öko-soziale Marktwirtschaft beruht auf gegenseitiger Abhängigkeit. Es ist entscheidend, sich dessen bewusst zu sein. In diesem Bewusstsein müssen alle im gegenseitigen Respekt ihren Beitrag leisten. Zusätzlich ist zu unterstreichen, dass die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft wesentlich für Stabilität und Wachstum ist. Investitionen in Innovation und Technologie, unterstützt durch öffentliche Gelder, haben Südtirol geholfen, sich als wirtschaftlich gefestigte Region zu etablieren. Die Bemühungen, Nachhaltigkeit in sämtlichen Bereichen zu fördern, zeigen erste Ergebnisse und werden langfristig die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger verbessern. Südtirol kann von der großen Transformation zu einem postfossilen Wirtschafts- und Lebensmodell profitieren. Vielmehr, als die Welt zu retten, will Südtirol seine Lebensgrundlagen schützen und eine Resilienz entwickeln, die gut für stürmischere Zeiten rüstet. Wir stehen vor großen Herausforderungen – eine Schönwetterveranstaltung werden die kommenden Jahre wohl eher nicht.

In ihrem jüngsten Bericht bewertet die Banca d'Italia die wirtschaftliche Situation Südtirols durchaus positiv. Laut diesem Bericht zeichnet sich unser Land durch ein hohes Beschäftigungsniveau aus; es ist in ein produktives Umfeld eingebettet, geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen, die teils auch international sehr erfolgreich sind. Südtirol hat eine große touristische Anziehungskraft und bietet gut strukturierte moderne Dienstleistungen. Zudem wird besonderer Wert auf die Erhaltung des kulturellen und natürlichen Erbes der Bergregion gelegt. Die Wirtschaft der Region wird maßgeblich durch den Tourismus und den Export beeinflusst, insbesondere in den zentraleuropäischen Raum. Obgleich sich die stagnierende Wirtschaft in Deutschland auf unsere lokale Wirtschaft auswirkt, wird ein reales Wachstum und eine Steigerung des privaten Konsums prognostiziert. ASTAT prognostiziert für 2025 ein reales BIP-Wachstum von 1,0 % und ein nominales von 2,8 %. Die Inflation sank im September auf 1,8 %, nachdem sie im Dezember 2022 bei 12,5 % gelegen hatte, maßgeblich getrieben vom Energiepreisschock.

Die Inflation hat die finanziellen Belastungen für viele Menschen erhöht. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen. Ein zentrales Ziel des vorliegenden Haushaltsvorschlags ist es daher, wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung und gegen die Altersarmut zu setzen. In Südtirol ist der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung niedriger als in vielen anderen Regionen Europas, dennoch stehen auch wir vor beträchtlichen Herausforderungen. Vor der so genannten Erwerbsarmut ist leider auch Südtirol nicht gefeit. Nach den jüngsten Erhebungen des ASTAT lässt sich diese Art der Armut zwischen 3,5 Prozent nach Bruttostundenlohn und 6,5 Prozent nach Bruttojahresentlohnung eingrenzen. Rund 12 Prozent der Beschäftigten arbeiten zu einem Stundenlohn von weniger als 9 Euro brutto. Sozialpartnerschaftliche Zusatzabkommen gelten als wirksames Mittel gegen Lohndumping. Auch deshalb ist im Haushaltsgesetz eine IRAP-Befreiung für Betriebe vorgesehen, die höhere Löhne zahlen. Diese Idee ist nicht neu und wir wollen keine übersteigerten Erwartungen hervorrufen. Ein sprunghafter Anstieg des Lohnniveaus ist von dieser Maßnahme nicht zu erwarten. Wir setzen jedoch ein klares Zeichen, welche Position der Südtiroler Landtag in Bezug auf angemessene Löhne einnimmt: Wer seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gute Rahmenbedingungen garantiert, soll selbst bessere erhalten. Davon dürften vor allem auch die lokalen Unternehmen profitieren. Der vorgelegte Haushalt sieht vor, dass die Wertschöpfungssteuer IRAP für Unternehmen, die höhere Löhne zahlen, von 3,9 Prozent auf 2,68 Prozent gesenkt wird. Damit bleiben den Unternehmen durchschnittlich pro Jahr rund 50 Millionen Euro mehr. Die Grundlage dafür bildet die Vereinbarung der Sozialpartner, welche am 3. Oktober 2024 unterzeichnet wurde.

Ein zentrales Ziel dieses Haushalts ist es, wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung und die Altersarmut auf den Weg zu bringen.

Auch die Gehälter der öffentlichen Bediensteten werden deutlich angehoben. Im kommenden Dreijahreszeitraum stehen insgesamt rund 450 Millionen Euro für die Verhandlungen zum bereichsübergreifenden Kollektivvertrag (BÜKV) zur Verfügung. Diese Mittel geben uns die Möglichkeit, eine strukturelle Erhöhung zu erreichen. Schon im Dreijahreshaushalt 2024-2026 sind insgesamt 440 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden, von denen 170,9 Millionen Euro Anfang des Jahres als Anzahlung für den Kaufkraftverlust an die Bediensteten der öffentlichen Verwaltung überwiesen werden. Das bedeutet mehr als 6 Prozent Anpassung der Gehälter für den Zeitraum 01.07.2023 bis 31.12.2024 für alle Bediensteten im BÜKV sowie für das Lehrpersonal der Schulen staatlicher Art. Mit den restlichen 268,9 Millionen Euro wurden insgesamt 5 Bereichsverträge abgeschlossen – für die Angestellten der Landesverwaltung, des Sanitätsbetriebes sowie das Lehrpersonal der Schulen staatlicher Art.

Bei der Bewertung des realen Kaufkraftverlustes sind nicht zuletzt auch die eingeführten Begünstigungen zu berücksichtigen, wie beispielsweise der Gesundheitsfonds Sanipro (2018), die Essensgutscheine (2022), oder die Praxis der automatischen Vorrückungen, die zu einer positiven Gehaltsentwicklung über die Jahre geführt hat. Der reale Kaufkraftverlust im Bereich des BÜKV liegt – dem entgegen, was häufig behauptet wird –

nicht bei über 22 Prozent. Die Gehälter sind zwischen 2008 und 2011 sogar stärker gestiegen sind als die Verbraucherpreise. Nicht zu vergessen ist auch, dass am 23. Dezember 2010 infolge staatlicher Vorgaben ein Gehaltstopp für öffentlich Bedienstete eingeführt wurde, dessen Auswirkungen nicht ausgleichbar sind. Das Finanzgesetz 2011 hatte daher sämtliche Kollektivvertragsverhandlungen für den Zeitraum 2010 bis 2013 ausgesetzt. Die Finanzgesetze von 2014 und 2015 verlängerten diese Regelung bis zum 31. Dezember 2015. Die Gehaltslücke, die in diesen Jahren entstand, lässt sich auch nachträglich nicht mehr schließen.

Lohnelemente in der Landesverwaltung und Inflation (NIC ohne importierte Energie) - 2016-2023
Index 2016 = 100
Elementi stipendiali nell'Amministrazione provinciale e inflazione (NIC esclusi energetici importati) – 2016-2023
Indice 2016 = 100

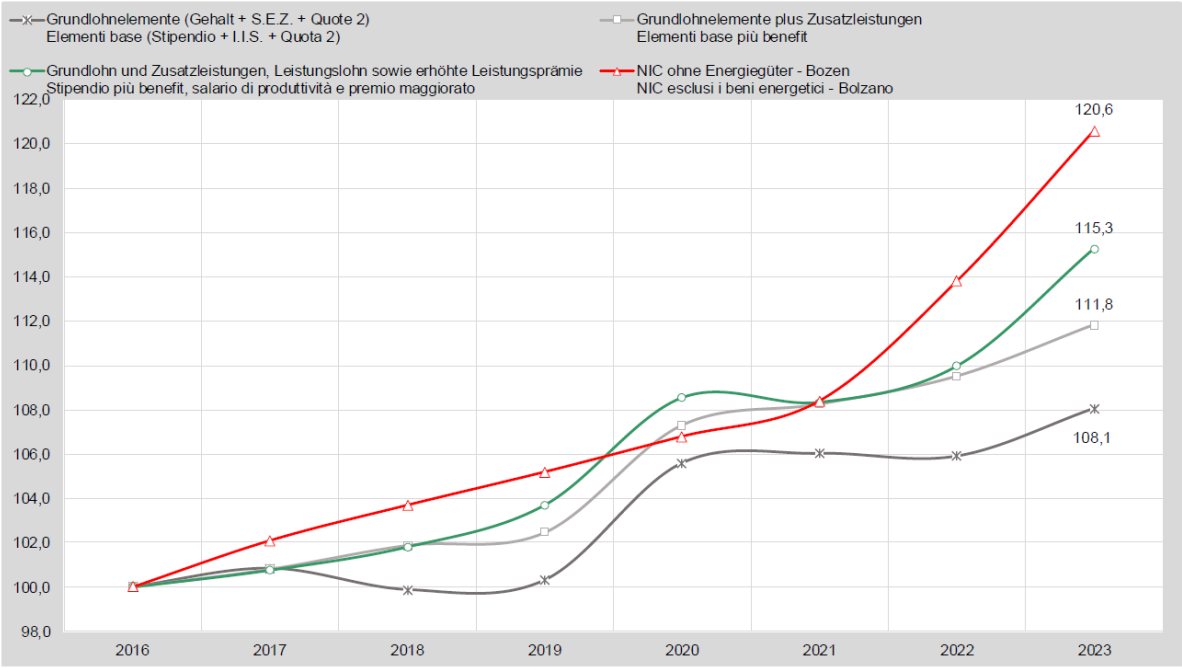

Abbildung 2 – Vergleich der Entwicklung der Inflation gemessen an der Inflationsrate für alle privaten Haushalte (NIC) sowie der Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst gemessen an den insgesamt bestrittenen Personalkosten

Eine Anfang November vorgestellte Analyse zeigt jedoch, dass für den Zeitraum von 2016 bis 2023 ein Verhandlungsspielraum von etwa 5 bis 10 Prozent besteht. Die Analyse verdeutlicht, dass die Inflationsrate besonders in den Jahren 2022 und 2023 so hoch war, dass die Landesverwaltung die Preissteigerungen nicht durch entsprechende Lohnanpassungen ausgleichen konnte. Wie groß diese Differenz tatsächlich ausfällt, hängt davon ab, welcher Teil der Löhne betrachtet wird. Betrachtet man alle Maßnahmen anhand der effektiv zur Verfügung gestellten Mittel – wie die Erhöhung der Sonderergänzungszulage, die Nutzung von Zusatzleistungen und die Anhebung der Leistungsprämien – ergibt sich eine Lücke von 5,3 Prozentpunkten über die letzten sieben Jahre. Beschränkt sich die Analyse jedoch auf die Entwicklung der Lohntabellen, liegt die Differenz im selben Zeitraum bei 10,6 Prozentpunkten. Die verfügbaren Haushaltsmittel bieten eine solide Grundlage, um den Kaufkraftverlust der öffentlichen Bediensteten zurückzudrängen und den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Zudem schließe ich nicht aus, dass sich zusätzliche finanzielle Ressourcen finden

lassen. Ich bin jedenfalls optimistisch, dass die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden und der öffentliche Dienst dadurch langfristig gestärkt wird. In diesem Sinne ist für 2025 auch eine Neustrukturierung des Lohnmodells geplant. Sie soll die Arbeit im öffentlichen Dienst attraktiver machen, durch höhere Einstiegsgehälter und ein stärkeres Gewicht der Leistungsbeurteilung. Zudem kann endlich das Projekt zur Vorauszahlung der Abfertigung an das Personal, das mit oder ohne Pensionsanspruch aus dem Dienst ausscheidet, in Angriff genommen werden.

Die verfügbaren Haushaltsmittel schaffen eine solide Grundlage, um den Kaufkraftverlust der öffentlich Bediensteten auszugleichen und den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten.

Ein besonders wichtiges Thema in diesem Haushaltsvoranschlag ist die Bekämpfung der Altersarmut. Dafür stehen im Dreijahreszeitraum 2025-27 rund 150 Millionen Euro zur Verfügung. Ein großer Teil wird für eine Landeszulage für Menschen eingesetzt, die eine niedrige Rente beziehen. Wir sind zuversichtlich, dass es dadurch gelingt, die Altersarmut zurückzudrängen. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die Maßnahme noch nicht im Detail ausformuliert ist und es zudem nicht ganz einfach werden wird, allen Ansprüchen optimal gerecht zu werden. Hier bauen wir unter anderem auf die konstruktive Unterstützung der Gewerkschaften, der Patronate und aller politischen Kräfte im Südtiroler Landtag. Es ist wichtig, im Bereich der Altersarmut eine möglichst breit geteilte Lösung zu finden, zumal die Bekämpfung dieses Problems sicherlich ein Thema ist, das im Südtiroler Landtag von allen mitgetragen wird. Das Ziel der Bekämpfung der Altersarmut verfolgen wir bereits seit Jahren. Nun stehen wir kurz vor einer Einigung mit dem nationalen Fürsorgeinstitut INPS, die es uns ermöglichen wird, eine Landeszulage auszuzahlen, ohne dass der Staat seine Leistungen entsprechend kürzt. Da diese Einigung bisher ausstand, wurde im Jahr 2015 der Beitrag für Wohnungsnebenkosten für Rentner als Unterstützungsmaßnahme eingeführt. Dies war damals die einzige umsetzbare Möglichkeit, um Personen bestimmter Kategorien, die eine niedrige Rente beziehen, Unterstützung zu gewähren. Im Oktober 2023 wurde dieser Beitrag erhöht. Allerdings war diese Maßnahme weit weniger erfolgreich, als wir es erwartet hatten.

Die Südtiroler Landesregierung bekämpft Armut durch gezielte soziale Transferleistungen. Dabei spielt auch die hohe Steuermoral eine wichtige Rolle.

Es ist wichtig zu betonen, dass das Armutsrisiko in Südtirol laut den neuesten europäischen Kennzahlen trotz allem relativ gering ist (siehe Abbildung 3). Allerdings zeigen die Anfang 2021 veröffentlichten Daten von ASTAT, dass etwa ein Fünftel der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sein könnte. Dieser Unterschied ergibt sich aus den unterschiedlichen Bezugswerten, die für die

Berechnungen herangezogen werden. Die Südtiroler Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Armut gezielt durch treffsichere soziale Transferleistungen zu bekämpfen. Dabei spielt auch die hohe Steuermoral eine wichtige Rolle. Steuerhinterziehung ist asozial. Sie verringert nicht nur die öffentlichen Einnahmen des Landes, sondern führt auch zu einem unnötigen Anstieg des Bedarfs an Sozialleistungen. Mit der Folge, dass wirklich bedürftige Menschen benachteiligt werden und ihnen Unterstützung, die sie brauchen, entzogen wird.

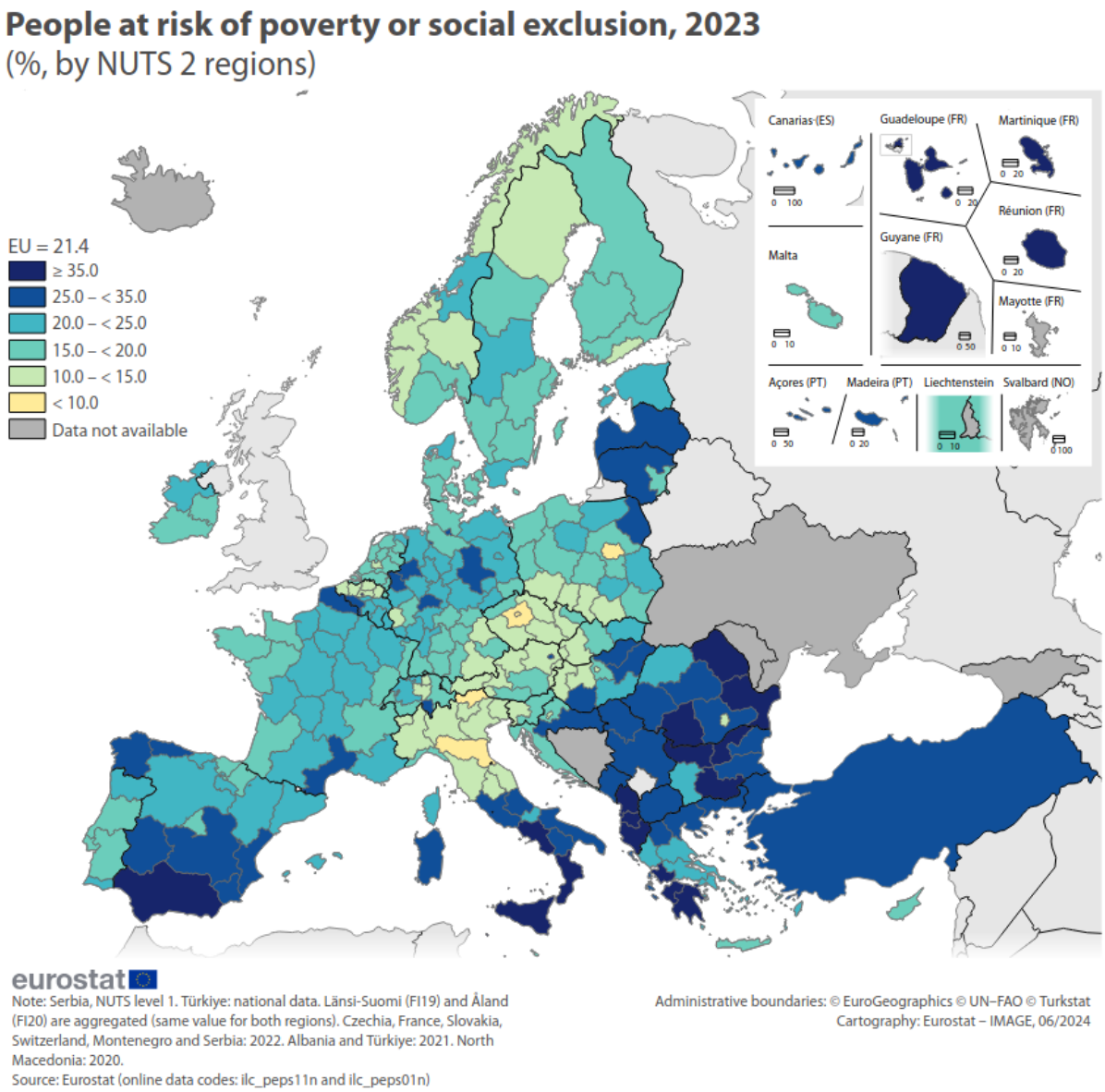

Abbildung 3 – Europakarte mit der Darstellung der Eurostat-Daten zum Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Prozent

Eine weitere Aufgabe, die Aufmerksamkeit erfordert, ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Steigende Immobilienpreise und Mieten sind nicht nur in Südtirol allgegenwärtig. Die Teuerung von Wohneigentum und Mieten ist ein internationaler Trend. Zwischen 2015 und 2023 stiegen die Immobilienpreise in Europa um 48 Prozent. Die Mieten in der EU erhöhten sich zwischen 2010 und 2022 um 18 Prozent. Eine Ausnahme bildet Griechenland, wo sie um 25 Prozent sanken. Im Jahr 2023

überschritten in der EU die Wohnkosten für rund 10 Prozent der Haushalte in Städten und für rund 7 Prozent in ländlichen Gebieten die 40-Prozent-Marke des verfügbaren Haushaltseinkommens. Hauptgründe für den Preisanstieg sind höhere Baukosten, gestiegene Hypothekenzinsen, ein Rückgang des Wohnungsbaus und der Anstieg von Immobilienkäufen als Investition.

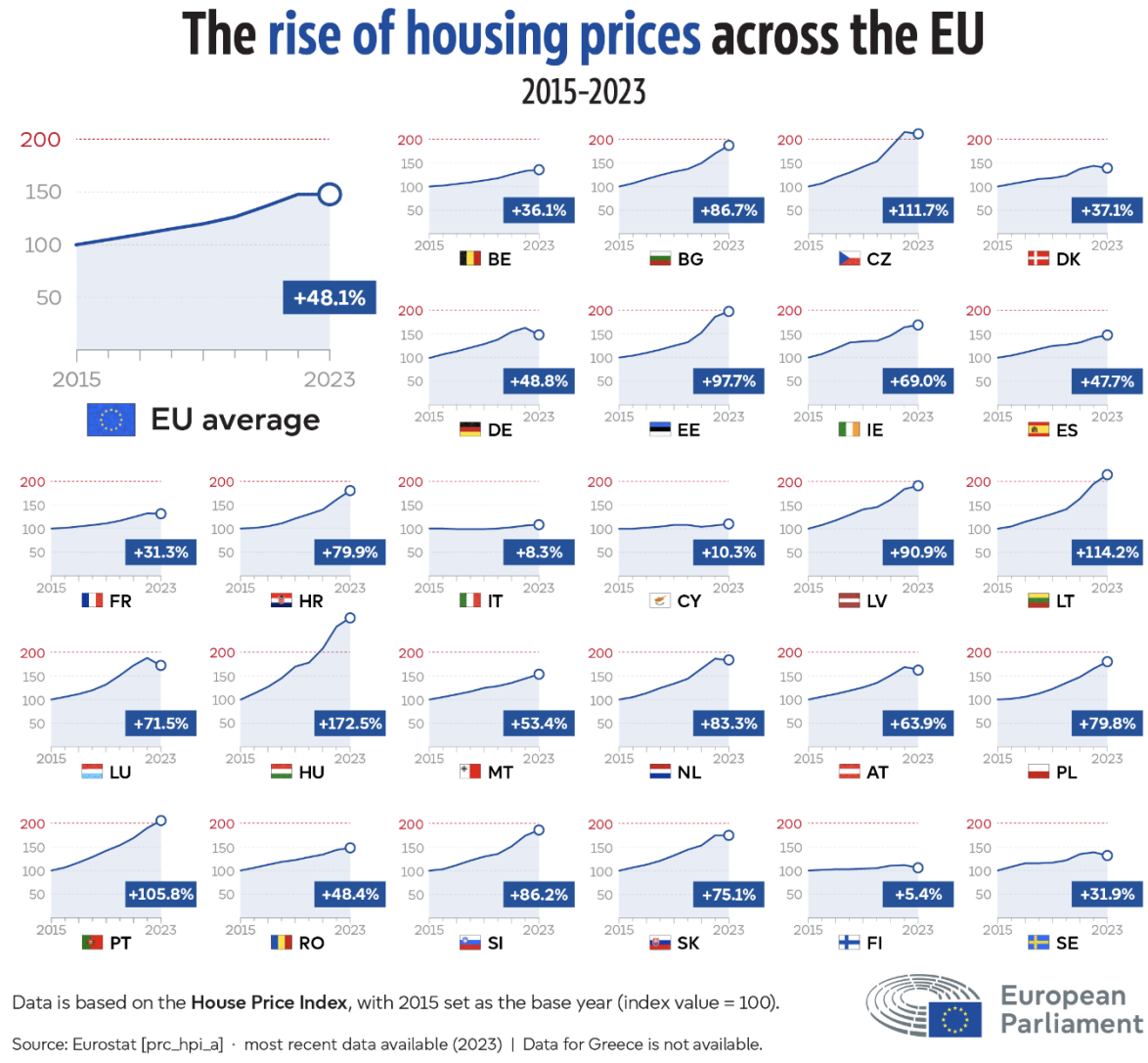

Abbildung 4 – Vergleich der gestiegenen Immobilienpreise in der EU

Auch in Südtirol sind heutzutage die Preise für die Wohnbevölkerung teilweise nicht mehr tragbar, insbesondere in den Städten und in den touristischen Hochburgen. Im Gadertal und in Gröden liegen die Wohnungspreise laut Daten der Maklervereinigung zwischen 6.000 und 14.000 Euro pro Quadratmeter. Die günstigsten Wohnungen finden sich in Orten wie Franzensfeste oder Waidbruck, wo der Quadratmeter noch unter 2.000 Euro gehandelt wird. In Bozen unterscheiden sich die Preise je nach Stadtteil, doch Quadratmeterpreise zwischen 6.000 und 8.000 Euro sind eher die Regel als die Ausnahme. Für Luxuswohnungen und Immobilien in besonderen Lagen werden noch höhere Preise realisiert. Was die Mietpreise betrifft, führt Bozen die Statistik an, mit durchschnittlichen Monatsmieten zwischen 700 und 1.100 Euro für eine Zwei-

Zimmerwohnung und zwischen 900 und 1.400 Euro für eine Drei-Zimmerwohnung. Und selbst diejenigen, die solche Preise zahlen können, werden oft nicht fündig. Die hohe Nachfrage nach Wohnungen und die begrenzte Verfügbarkeit treiben die Preisen nach oben. Dies untermauert auch die Untersuchung des ASTAT zur Intensität des Wohnungsbedarfs in den Südtiroler Gemeinden. Bozen ist die Gemeinde mit dem größten Wohnungsbedarf. Darüber hinaus konzentriert sich dieser Bedarf auf einige wenige Gemeinden: Fast ein Drittel der Bevölkerung wohnt in den fünf Gemeinden mit dem größten Wohnungsbedarf, während 88 Gemeinden einen mittleren oder niedrigen Wohnungsbedarf aufweisen.

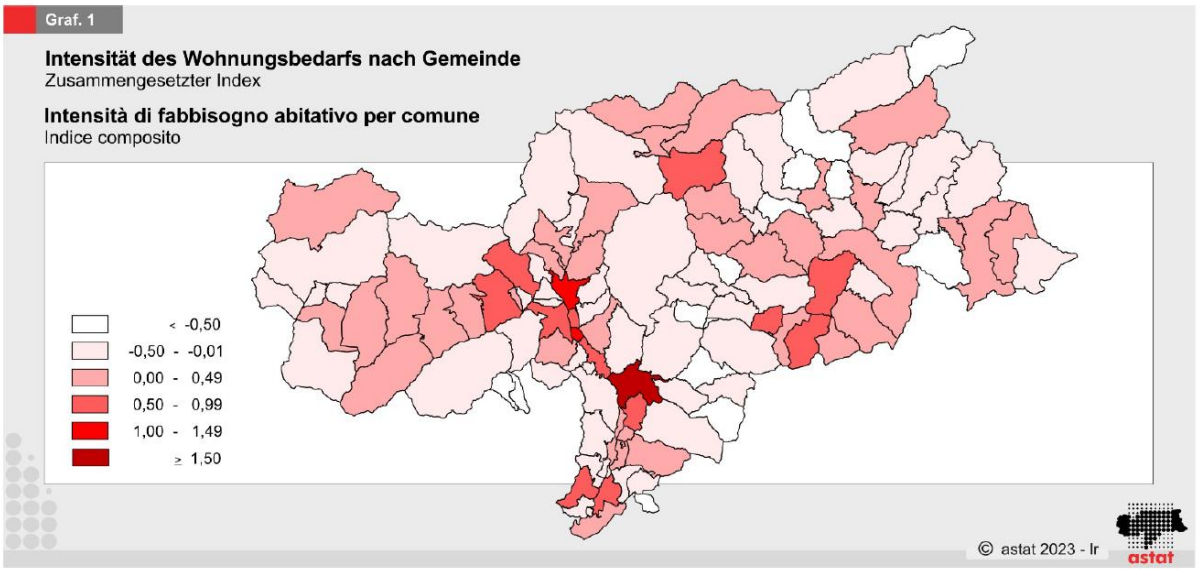

Abbildung 5 – Südtirolkarte zur Intensität des Wohnungsbedarfs in Südtirol

Etwa 70 Prozent der Bevölkerung verfügt über ein Eigenheim. Das ist ein großer Erfolg der langjährigen Wohnbaupolitik unseres Landes. Diese hohe Eigenheimquote sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den letzten Jahren die Preise für das Eigenheim so stark angestiegen sind, dass es für viele unerreichbar wird. Darüber hinaus hat sich das ohnehin knappe Angebot auf dem Mietmarkt deutlich verknappt. Diese Entwicklung wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Eine große Herausforderung besteht darin, dass Wohnungen und Bauobjekte in Südtirol zunehmend zu Investitionsobjekten für wohlhabende Investorinnen und Investoren aus dem Ausland geworden sind. Dies hat die Preise in die Höhe getrieben und setzt unsere Leute in Konkurrenz mit dem Geldadel aus allen Himmelsrichtungen. Ein weiteres Problem ist die touristische Kurzzeitvermietung von Wohnungen. Auf diesem Weg wurden dem Mietmarkt mehr als 6.000 Wohnungen entzogen. Zwischen 2018 und 2022 hat sich die Anzahl der Angebote in Südtirol auf der Plattform *Airbnb* von durchschnittlich 2.267 auf 5.465 Unterkünfte mehr als verdoppelt. Im Jahr 2022 wurden auf diesem Weg über 1,8 Millionen Nächtigungen generiert. Hier werden wir ansetzen. Zudem ist die Zahl der Zweitwohnungen auf weit über 13.000 angestiegen. Es gibt in Südtirol mehr Zweitwohnungen als Beherbergungsbetriebe. Gemäß einer Erhebung nach GIS-Steuerklasse werden über 20.000 Wohnungen für touristische Zwecke genutzt. Dies sollte in einem Land mit begrenztem Potenzial für die Entwicklung von Wohnraum zu denken geben. Nur etwa 5,5 Prozent der Fläche Südtirols steht als

Dauersiedlungsgebiet zur Verfügung. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der guten wirtschaftlichen Lage ist auch in den kommenden Jahren mit Druck auf den Wohnungsmarkt zu rechnen. Es wird prognostiziert, dass jährlich ein Bedarf von etwa 1.500 bis 2.000 Wohnungen für die ansässige Bevölkerung entstehen wird, mit Schwerpunkt auf Mietwohnungen. Derzeit werden pro Jahr zwar circa 2.000 Wohnungen gebaut, der Anteil davon, der vermietet wird, reicht jedoch nicht aus. Es handelt sich hierbei um ein Allokationsproblem, dessen Lösung komplex ist.

Es gibt in Südtirol mehr Zweitwohnungen als Beherbergungsbetriebe. Auf der Grundlage einer Erhebung nach GIS-Steuerklasse werden über 20.000 Wohnungen für touristische Zwecke genutzt.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurden bereits erste Maßnahmen getroffen. Die Landesregierung hat die Durchführungsverordnung für das „Wohnen mit Preisbindung" genehmigt. Der Bettenstopp wurde auf die touristische Kurzzeitvermietung ausgeweitet. Eine neue Förderungsart für die Errichtung von Mietwohnungen im Bestand mit bis zu 65 Prozent Förderung wurde eingeführt. Für die Vermietung konventionierter Wohnungen gilt seit jeher ein Preisdeckel, der sicherstellt, dass sich die Menschen diese Wohnungen leisten können. Mit dem vorliegenden Haushaltsgesetz wird die Gemeindeimmobiliensteuer GIS für die Kurzzeitvermietungen erhöht. Das reicht sicher noch nicht aus, um genügend Anreize für Langzeitvermietungen zu schaffen, aber die politische Richtung ist klar. Daran werden wir keinen Zweifel lassen.

Lassen Sie mich zwei weitere wichtige Maßnahmen zur Bereitstellung bezahlbarer Mietwohnungen nennen, die wir mit dem geplanten Omnibus zum Thema Wohnen im kommenden Frühjahr dem Landtag zur Genehmigung vorlegen wollen. Erstens soll eine neue Förderung für den Neubau von Mietwohnungen durch gemeinnützige Organisationen mit einer Bindung von bis zu 30 Jahren geschaffen werden. Zweites wird beim „Wohnen mit Preisbindung" ein Vorkaufsrecht für das Wohnbauinstitut eingeführt, um das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen zu erhöhen. Auch die Entscheidung, künftig die Finanzierung von Durchführungsplänen der Gemeinden über den Landeshaushalt zu gewährleisten, ist im Hinblick auf die Schaffung dringend benötigten Wohnraums zu betrachten. Wir erwarten uns davon einen Impuls bei der Verdichtung bestehender Wohnbauzonen, da rasch die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden können, um im Bestand zu bauen und aufzustocken. Darüber hinaus werden wir auch das System der Förderungen überarbeiten und danach trachten, den Banken eine neue Rolle zuzuweisen.

Etwa 533.000 Personen leben in Südtirol in 236.000 Haushalten, was theoretisch denselben Bedarf an Wohnungen zur Folge hätte. Im Kataster sind bereits mehr als 300.000 Wohnungen registriert. Das Problem der „Wohnungsnot“ besteht demnach nicht nur darin, dass es zu wenige Wohnungen gibt, sondern auch darin, dass die vorhandenen Wohnungen nicht gut verteilt sind. Es ist keine einfache Aufgabe das zu

lösen, aber die Tatsache, dass durch Kurzzeitvermietungen, Zweitwohnungen und Leerstand dem Wohnungsmarkt für Ansässige über 50.000 theoretisch verfügbare Wohnungen entzogen werden, macht es erforderlich, nicht nur über die Schaffung zusätzlichen Wohnraums nachzudenken. Es geht auch um die Frage, wie der vorhandene Wohnraum für das Wohnen für Ansässige wiedergewonnen werden kann. Die Gemeinden arbeiten derzeit intensiv daran, den Leerstand zu erheben. Darauf aufbauend werden Strategien entwickelt, um diesen einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Der Wohnungsmarkt ist komplex und wird von vielen Faktoren beeinflusst. Die Landesregierung ergreift gezielte Maßnahmen, um die Rahmenbedingungen für leistbares Wohnen zu verbessern. Durch die Kombination verschiedener Förderinstrumente und regulatorischer Eingriffe, wie die Ausdehnung des Vorbehalts für Ansässige, soll sowohl der bestehende Wohnraum besser genutzt als auch die Schaffung neuer, leistbarer Wohnungen unterstützt werden. Unser Ziel besteht darin, der ansässigen Bevölkerung trotz der Herausforderungen des Marktes auch in Zukunft erschwinglichen Wohnraum in ausreichendem Maße bereitzustellen, denn die Menschen in unserem Land brauchen diese Sicherheit zur Realisierung ihrer Lebensziele.

Die Frage der Sicherheit ist auch im Hinblick auf die Klimakrise und die damit verbundenen Herausforderungen für den Bevölkerungsschutz relevant. Wir müssen uns den schwierigen Rahmenbedingungen anpassen. Hochwasser- und andere Naturereignisse im In- und Ausland mit vielen Opfern und erheblichen Sachschäden zeigen, dass der von der Agentur für Bevölkerungsschutz in Südtirol eingeschlagene Weg zum Schutz der Bevölkerung und des Landes fortgesetzt werden muss. Um den Hochwasserschutz in Südtirol zu verbessern, wird im Jahr 2025 ein Landesplan der Retentionsräume als strategisches Planungsinstrument auf den Weg gebracht. Aufgrund der Komplexität dieses Vorhabens und der Vielschichtigkeit der Thematik sind erhebliche Planungs- und Koordinierungstätigkeiten mit den zuständigen Landesstellen sowie privaten Interessensvertretern erforderlich. Zudem wird das Hochwassermanagement der großen Stauanlagen in Südtirol optimiert, um deren Retentionsfunktion effizienter zu nutzen. Als erster Schritt soll 2025 der dynamische Hochwasserrückhalteplan der Stauanlage Franzensfeste genehmigt werden.

Die Sicherheitsfrage wird angesichts der Klimakrise und der damit verbundenen Herausforderungen für den Bevölkerungsschutz immer wichtiger. Naturereignisse zeigen, dass der Kurs der Agentur für Bevölkerungsschutz fortgesetzt werden muss.

Im Fokus der Agentur für Bevölkerungsschutz liegen weiterhin Schutzbauten, die Instandhaltung vorhandener Strukturen und naturnahe Wasserbaumaßnahmen an Fließgewässern zum Schutz vor Naturgefahren. Zudem sind im Einsatz- und Ereignisfall Sofortmaßnahmen und Wiederinstandsetzungsarbeiten notwendig, um nach Unwettern eine schnelle Rückkehr zur Normalität zu ermöglichen. Betroffenen Gemeinden muss bei Schäden an öffentlichen Infrastrukturen unter die Arme gegriffen werden. Beim

Umgang mit Naturgefahren stehen Vorbereitung und Prävention ebenfalls im Mittelpunkt, angefangen bei der Gefahrenzonenplanung. 80 Prozent der Gemeinden haben mittlerweile einen gültigen Plan, alle übrigen Gemeinden befinden sich in der Bearbeitungs-, Prüfungs- oder Genehmigungsphase. Hier wurden wichtige Fortschritte erzielt. Stoßen die Einschränkungen der Bautätigkeit auch manchmal auf Unverständnis, sei daran erinnert, dass der günstigste Schadensfall immer der ist, der vermieden werden konnte.

Alle Maßnahmen sind Teil eines umfassenden Ansatzes mit dem Ziel, sowohl kurzfristige Reaktionen auf Naturkatastrophen als auch langfristige Strategien zur Risikominderung miteinander zu verbinden. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und die kontinuierliche Verbesserung der Infrastruktur sind entscheidende Elemente, um die Widerstandsfähigkeit zu stärken und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Das Warn- und Alarmierungssystem wird derzeit in diesem Sinne durch ein Gewitter-Frühwarnsystem erweitert, finanziert durch ein EFRE-Projekt. Ab 2025 werden dazu erste Planungen und Studien umgesetzt, um dann in den Folgejahren in den operativen Betrieb überzugehen. Darüber hinaus wird das System IT-Alert zur Information und Warnung der Bevölkerung dahingehend weiterentwickelt, dass es auch für zusätzliche Ereignisszenarien lokal ausgelöst werden kann. Wir wollen im Bereich des Bevölkerungsschutzes verstärkt auf Sensibilisierung setzen, um die Eigenverantwortung, den Selbstschutz und damit die Widerstandsfähigkeit und Resilienz der Gesellschaft zu stärken. Klimawandel und Klimawandelanpassung spielen im Bevölkerungsschutz eine wesentliche Rolle. Da die Vereinten Nationen das kommende Jahr 2025 zum Jahr des Gletscherschutzes erklärt haben, wird in Zusammenarbeit mit dem Trentino und Nordtirol die Wanderausstellung „Goodbye Glaciers“ in Trient, Bozen und Innsbruck gezeigt werden, denn der Rückzug unserer Gletscher ist wohl eines der sichtbarsten Zeichen der Klimakrise, in der wir uns aktuell befinden. Gletscher sind wichtig für den Wasserhaushalt der Alpen und Südtirols. Ihr Rückgang stellt uns vor riesige Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wird die Aktualisierung des Gletscherinventars für Südtirol vorgestellt werden. Südtirol hat im Laufe der Jahre viele Daten über Wasser erhoben, die jedoch nur teilweise veröffentlicht wurden und zusammenzuführen sind. Das Amt für Hydrologie und Stauanlagen koordiniert daher ein EFRE-Projekt zur Entwicklung einer Webplattform, die kostenlose hydrometeorologische Daten, Prognosen und klimatische Produkte bereitstellt. Eine neue Anwendung zur Berechnung von Bemessungsniederschlägen und -abflüssen mit Klimawandelzuschlag wird ebenfalls bald zur Verfügung stehen.

Wir wollen im Bereich des Bevölkerungsschutzes verstärkt auf Sensibilisierung setzen, um die Eigenverantwortung, den Selbstschutz und damit die Widerstandsfähigkeit und Resilienz der Gesellschaft zu fördern.

Nicht nur den Bevölkerungsschutz erwartet eine intensive Arbeit in der Phase der Vorbereitung der Olympischen Winterspiele 2026. Wir arbeiten auf verschiedenen Ebenen, um Südtirol zu diesem Anlass von seiner besten Seite präsentieren zu können.

Persönlich bin ich zuversichtlich, dass die Winterspiele 2026 vielen Menschen in unserem Land positive Erfahrungen und Begegnungen bringen werden, die den Horizont erweitern und weltweit Herzen wie Türen öffnen. Einen wichtigen Zugang zur Welt gewährleisten nach wie vor moderne Verkehrsinfrastrukturen. Aktuell investieren wir im Pustertal stark in die Mobilität. Der Bau der Riggertalschleife zur besseren Anbindung des Pustertales begann intensiv vor einigen Wochen und wird 2025 fortgesetzt. Wegen dieser Arbeiten muss die Bahnstrecke zwischen Franzensfeste und Bruneck für etwa ein Jahr gesperrt und durch Busse ersetzt werden. Betroffene Gemeinden, Bezirksgemeinschaften, Tourismusvereine, Pendlerinnen und Pendler, Schülerinnen und Schüler wurden vorher informiert und in die Planung der Schienenersatzdienste eingebunden. Belastungen wird der Bau dennoch mit sich bringen, wir sind jedoch zuversichtlich, dass sich die Bauzeit mit Blick auf die erwarteten Vorteile mit einer optimistischen Einstellung überbrücken lässt. Aber nicht nur im Pustertal wird in bessere Verkehrsverbindungen investiert. Positive Erwartungen haben wir auch in Bezug auf die Verbesserung der Bahnlinie Bozen – Meran. Als erster Schritt zur Steigerung der Zuverlässigkeit wird 2025 mit dem Bau des dreigleisigen Virgltunnels begonnen. Er wird eine von der Brennerbahn unabhängige Einfahrt der Meraner Bahn in den Bahnhof Bozen ermöglichen, was für größere Pünktlichkeit sorgt. Die Elektrifizierung der Vinschger Bahnlinie geht indes gut voran. Dafür bedarf es im kommenden Jahr ebenfalls technischer Unterbrechungen, auf die wir gut vorbereitet sein müssen. Mit dem Neuankauf von 15 Zügen wird der Westen des Landes nach Fertigstellung der Arbeiten deutlich von einer attraktiveren Eisenbahn profitieren. Die Attraktivität der Bahn wird durch den geplanten zweigleisigen Ausbau der Strecke zwischen Sigmundskron und Untermais weiter zunehmen. Die entsprechenden Planungsarbeiten werden deshalb im kommenden Jahr intensiviert. Auch an den Projekten zur Umfahrung von Meran, Kastelbell, Kiens, Percha und Branzoll wird 2025 weitergearbeitet. In Bozen liegt der Schwerpunkt auf der Finanzierung des Projekts für eine Unterführung in der Einsteinstraße. Die Umgestaltung und Sicherung der Kreuzung MeBo - Eppan ist ebenfalls geplant. Darüber hinaus sind verschiedene Schutzmaßnahmen gegen Steinschlag vorgesehen, da dieses Problem aufgrund des Klimawandels zunehmend relevanter wird. Zu den Sicherheitsmaßnahmen gehören eine Lawinenschutzgalerie in Schnals, die Verlegung der Straße in Graun und Sicherungsarbeiten entlang der Gadertaler Straße, die durch die Folgen des Borkenkäferbefalls im darüber liegenden Wald gefährdet ist. Weitere Investitionen betreffen die vor kurzem ausgeschriebenen Arbeiten im Vinschgau, die hauptsächlich im Jahr 2025 durchgeführt werden, wie der Unterführungsbau bei der Töll und der Kreisverkehr in Partschins.

Besonders wichtig und herausfordernd ist die Instandhaltung der Straßen. Diese umfasst sowohl betriebliche als auch bauliche Maßnahmen. Die betriebliche Instandhaltung sorgt für einen sicheren Verkehrsfluss, während sich die bauliche Instandhaltung auf die Erneuerung der Verschleißschicht und diverse Sicherheitsmaßnahmen konzentriert. Aufgrund des Klimawandels und häufiger werdender Unwetterereignisse sind diese Maßnahmen dringender geworden und erfordern mehr Ressourcen. Im kommenden Jahr wird in Sterzing in Zusammenarbeit mit der A22, der Straßenpolizei und dem Kraftfahrzeugamt der Abteilung Mobilität eine

LKW-Kontrollstelle eröffnet, um den Schwerverkehr auf der Brennerachse besser kontrollieren zu können. Dadurch wird die Sicherheit erhöht und der Umwegverkehr unterbunden, welcher der Umgehung der Kontrollstelle vor dem Gotthard-Straßentunnel dient.

Die Instandhaltung der Straßen, mit Fokus auf Verkehrssicherheit und bauliche Erneuerung, wird durch den Klimawandel und häufige Unwetterereignisse zunehmend ressourcenintensiver.

Nächstes Jahr werden auch viele Fahrradwegeprojekte gemeinsam mit den Bezirksgemeinschaften vorangetrieben. Laut dem „Klimaplan 2040“ und dem „Landesplan für nachhaltige Mobilität 2035“ wird das Hauptaugenmerk auf Alltagsmobilität mit dem Fahrrad gelegt. Auch sichere Fahrradabstellplätze sind unverzichtbar: Als erster Schritt sind rund 500 abschließbare Fahrradboxen für den Südtirolpass in vielen Gemeinden geplant. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die notwendige Ausschreibung im Öffentlichen Personennahverkehr, um den neuen Betreiber für die regionalen Eisenbahndienste von 2025 bis 2039 zu ermitteln. Es handelt sich um eine Ausschreibung im Wert von 1,6 Milliarden Euro, das ist die bisher größte Ausschreibung des Landes Südtirol. Die Dienstleistung umfasst für Brennerbahn, Pustertalbahn, Meranerbahn und Vinschgerbahn jährlich etwa 7 Millionen Zugkilometer. 44 Züge stehen dafür bereit. Im Rahmen dieser Ausschreibung sollen auch bessere Konditionen für das Personal erzielt werden. Der Kraftfahrzeugverkehr steht künftig stärker im Zeichen des Umweltschutzes. Die Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer wird an strengere Obergrenzen für den Schadstoffausstoß gebunden. Ab 2025 sind nur noch Elektroautos, mit Flüssiggas betriebene Fahrzeuge und Hybridfahrzeuge von der Kraftfahrzeugsteuer befreit, wenn der Kohlendioxidausstoß unter 115 Gramm pro Kilometer liegt.

Mit dem „Klimaplan 2040“ haben wir auch beim Thema Energie wichtige Weichen gestellt. Bereits die Erhöhung der Förderungen für Private und Unternehmen vor zwei Jahren hat dazu geführt, dass mehr Photovoltaikanlagen für saubere Energie sorgen und Südtirol sich den Zielen laut Klimaplan Südtirol 2040 nähert. Auf der Grundlage des Abkommens zwischen Land, Gemeindenverband, Euregio Plus und Alperia Green Future im Oktober wird der Ausbau von Photovoltaikanlagen in den nächsten Jahren einen weiteren Schub erfahren und die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien steigen. Bis 2030 sollen zusätzliche 400 Megawatt Strom aus Photovoltaikanlagen kommen. Insgesamt liegt der Anteil des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen bei nahezu 70 Prozent und damit mehr als dreimal höher als der italienische Durchschnitt. Wir tun aber gut daran, die vorhandenen Möglichkeiten in diesem Bereich weiter auszubauen und bestmöglich zu nutzen. Mit der zunehmenden Umstellung des Energiemixes auf erneuerbare Energiequellen gewinnt auch die Frage nach geeigneten Speichermöglichkeiten an Bedeutung. In diesem Zusammenhang haben wir in Ulten die Chance auf ein bemerkenswertes Projekt. Es geht um die Idee eines Pumpspeicherkraftwerks zwischen dem Arzkarsee und dem Zoggler-Stausee.

Pumpspeicherkraftwerke sind wegen ihrer Langlebigkeit und hohen Wirkungsgrade besonders gut für die Speicherung elektrischer Energie geeignet. Durch die Nutzung bestehender Stauseen können große Energiemengen ohne zusätzliche Wasserableitungen gespeichert werden. Alperia plant im Einklang mit dem Klimaplan die Entwicklung von Speichersystemen. Nach Prüfung verschiedener Standorte hält Alperia das Gebiet zwischen dem Arzkarsee und dem Zoggler-Stausee im Ultental für geeignet, um ein Pumpspeicherwerk zu errichten. Die beiden bestehenden Stauseen bieten aufgrund des Höhenunterschieds von etwa 1.100 Metern und des verfügbaren Speichervolumens günstige Bedingungen für die Energiespeicherung. Aus technischer Sicht sind Voraussetzungen für ein Pumpspeicherwerk also ideal. Aus demokratiepolitischer Sicht stellt sich jedoch die Frage, ob die Mehrheit der Bevölkerung für dieses Projekt gewonnen werden kann. Derartige Energiespeicher würden nicht nur wirtschaftlich große Vorteile bieten, sondern auch zeigen, dass Verantwortung für eine nachhaltige Energiewende übernommen wird. Diese und andere Fragen diskutieren die Bürgerinnen und Bürger im Ultental in einem eigens dafür eingerichteten Rat. Auf dieser Basis entscheiden also die Bewohnerinnen und Bewohner des Ultentals selbst, ob das Projekt von Alperia realisiert werden kann oder nicht.

Mit der Umstellung auf erneuerbare Energien wird die Frage nach Speichermöglichkeiten wichtiger. In Ulten bietet sich die Chance auf ein Pumpspeicherkraftwerk. Die Frage ist, wie die Bevölkerung dazu steht.

Nicht nur bei diesem Thema lässt sich beobachten, dass vieles von der richtigen Kommunikation abhängt. Einerseits ist die Kommunikation *miteinander* entscheidend, andererseits die Kommunikation *übereinander*. Wir müssen nicht nach Amerika schauen, um festzustellen, dass viele Debatten sowie die Berichterstattung darüber zunehmend von Polarisierung und Empörung geprägt sind. Fakt ist, dass wir wieder zu einem sachlicheren Ton zurückfinden sollten und uns im gesellschaftlichen Umgang miteinander gegenseitig mehr respektieren müssen. Wie im Regierungsprogramm vorgesehen, planen wir in diesem Zusammenhang im nächsten Jahr ressortübergreifend eine Reihe von Kommunikationsinitiativen, um den konstruktiven, positiven Umgang miteinander zu unterstützen. Besonders in der Gestaltung von Lebensräumen spielen Respekt und das rechte Maß eine große Rolle. Der Tourismus sieht sich letzthin immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, dieses rechte Maß verloren zu haben. Mit 65.000 Übernachtungen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner haben wir die höchste Tourismusintensität in Italien. Dementsprechend trägt der Tourismus wesentlich zur Wertschöpfung und zum Wohlstand Südtirols bei. Das allein reicht aber nicht aus. Es ist wichtig, die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen zu erhalten oder zu erhöhen. Daran arbeiten wir laufend. Heute reisen 90 Prozent der Gäste mit dem Auto an, was zu Verkehrsproblemen und Umweltbelastungen führt. Die Gästekarte hat sich bewährt, da sie die Mobilität der Gäste im Land stärker auf den öffentlichen Personennahverkehr verlagert hat. Gleichzeitig steht sie aber in der Kritik, weil Ansässige den Eindruck gewonnen haben, dass die Gäste ein zu günstiges Angebot

erhalten. Hier werden wir konkret ansetzen und ein Angebot schaffen, das Ansässigen den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zusätzlich erleichtert. Neben dem bekannten Südtirolpass wird es ein Jahresabo geben, das die Kosten für Ansässige mehr als halbiert. Nicht halbiert, aber zu einer engeren Zusammenarbeit bewegt werden die Tourismusorganisationen. Im nächsten Jahr wird die Förderung neu ausgerichtet. Der Schwerpunkt wird dabei auf den Zusammenschluss kleiner Organisationen gelegt, insbesondere in weniger touristischen Gebieten, mit dem Ziel, Synergien zu schaffen.

Synergien sind auch in der kleinstrukturierten Landwirtschaft wichtig, und die Berglandwirtschaft muss auch weiterhin nachhaltig unterstützt werden. Das Versuchszentrum Laimburg gibt zudem wichtige Impulse für die Zukunft der Landwirtschaft und der Lebensmitteltechnologie. In diesem Sinne ist die Erweiterung der Kapazitäten im NOI Techpark und LIDO (Laimburg Integrated Digital Orchard) positiv zu sehen. Digitale Technologien und Automatisierung sind im Obst- und Weinbau auf dem Vormarsch. Um diese Technologien unter realen Bedingungen zu testen, wurden im Versuchszentrum Laimburg zwei Freilandlabore namens LIDO eingerichtet. Ob digitalisiert oder nicht, die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern trägt entscheidend zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft und des Sozialgefüges bei. Wir sind deshalb überzeugt, dass die Investitionsbeihilfen für Milchviehbetriebe fortgeführt werden müssen, um ihre Zukunft zu sichern, jedenfalls so lange, bis es tragfähige Alternativen in der Berglandwirtschaft gibt. Im Gegensatz zu anderen Alpenregionen wird in Südtirol traditionell auf die Erneuerung von Gebäuden statt auf Flächenförderung gesetzt, um gute Bedingungen für die nächste Generation zu schaffen. Eine Gesetzesänderung soll zudem den Verkauf von Höfen an landwirtschaftsfremde Investoren erschweren. Landwirtschaft soll in Südtirol noch über viele Generationen hinweg eine Familienangelegenheit sein und in der Tradition verwurzelt bleiben. Die zügige Auszahlung der Betriebs- und Umweltprämien sowie der Ausgleichszulagen ist ein wichtiges Ziel, angesichts der Komplexität jedoch eine Herausforderung. Ab 2025 werden Marktmaßnahmen für Obst-, Weinwirtschaft und Imkerei direkt von der Landeszahlstelle bearbeitet. 2025 startet eine Kampagne zur Förderung Südtiroler Produkte auf nationalen und internationalen Märkten, finanziert durch die Ortstaxe. Die Herkunftskennzeichnung auf Speisekarten wird weiterhin unterstützt, beispielsweise durch Sensibilisierungsmaßnahmen.
Sensibel reagieren viele Menschen beim Thema Großraubwild. Der Anteil jener nimmt zu, die sich eine klare Regulierung erwarten. Unsere traditionelle Almwirtschaft ist durch die Rückkehr des Großraubwilds bedroht und diese Bedrohung setzt die Berglandwirtschaft zusätzlich unter Druck. Auch das Sicherheitsgefühl der Menschen im ländlichen Raum droht zunehmend Schaden zu nehmen. Der Fokus wird weiterhin auf die geregelte Entnahme von Schadwölfen gelegt werden. Um dies zu ermöglichen, werden auf europäischer, staatlicher und auf Ebene des Landes sämtliche rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft. Aus heutiger Sicht wird der Weg zu einer geregelten Entnahme aber lang sein. In der Forstwirtschaft wird so wie schon im vorigen Jahr ein guter Teil der Mittel für die Beseitigung der Borkenkäferschäden vorgesehen. Über 12.000 Hektar des Südtiroler Waldes sind von diesem Schädling befallen, das sind 3,5 Prozent der gesamten Waldfläche des Landes. Seit dem Sturmtief Vaia im Jahr 2018

wurden über 18.000 ha Wald zerstört. Wir bekämpfen den Borkenkäfer seit mehreren Jahren auf allen Ebenen: Prävention, Information, Intervention und Förderung. Die Bewirtschaftung der Wälder stellt unabhängig vom Borkenkäfer eine stetige Herausforderung dar. Nur durch gezielte Pflege bleiben die Wälder widerstandsfähig und gesund und können so ihre Funktion als Schutzwälder und als Wasser- und Kohlenstoffspeicher, als Erholungsgebiete für die Bevölkerung und als Wirtschaftswälder bewahren. Ein weiteres fortwährendes Anliegen betrifft das ländliche Wegenetz, das teilweise veraltet ist und einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweist. Wir werden die Fördermittel neu ausrichten und erhöhen, um die Gemeinden, insbesondere jene mit einem weit verzweigten Wegenetz, entlasten zu können.

Die traditionelle Almwirtschaft ist durch die Rückkehr des Großraubwilds bedroht. Der Fokus liegt auf der geregelten Entnahme von Schadwölfen, der Weg dahin ist aber lang.

Nicht nur der Klimawandel stellt uns vor große Herausforderungen. Auch die demografische Entwicklung stellt uns Aufgaben, die zusätzliche Ressourcen und neue Herangehensweisen notwendig machen. In diesem Sinne erwarten wir von der Anwendung der „Co-Programmazione“ und der „Co-Progettazione“ positive Ergebnisse insbesondere im Sozialbereich. Im kommenden Jahr wird dazu ein eigener Leitfaden erstellt, der in Verbindung mit einem entsprechenden ESF-Lehrgang und regelmäßigen Netzwerktreffen die Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Konzepts schaffen wird. Unser Gesundheitssystem wird durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft samt deren Auswirkungen auf Pflege und Betreuung stark herausgefordert. Zusätzlich stellen veränderte Familienstrukturen und eine stetig steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen bei gleichzeitig wachsenden Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger das System vor eine Herkulesaufgabe. Der allgemeine Fachkräftemangel, der auch im Gesundheitssektor spürbar ist, begrenzte Ressourcen und die Herausforderungen der technologischen und digitalen Transformation machen das Ganze nicht einfacher. Gemessen an den absoluten Zahlen von 2022 geben wir mit rund 2.880 € jährlich italienweit das meiste Geld pro Kopf für unsere Gesundheitsversorgung aus. Betrachten wir diese Ausgabe jedoch im Verhältnis zum BIP, rangiert Südtirol nach der Lombardei auf dem vorletzten Platz der italienischen Regionen. Angesichts dieser Zahlen ist es unerlässlich, auch in den kommenden Jahren gezielt in die Erhaltung und Sicherung unserer Gesundheitsversorgung zu investieren. Dieses Ziel wollen wir insbesondere durch die Stärkung der wohnortnahen Versorgung erreichen. Darüber hinaus schreitet die Umsetzung des gesamtstaatlichen Planes für Wiederaufbau und Resilienz (PNRR) voran. Der Ausbau der wohnortnahen Dienste mit Gemeinschaftshäusern und wohnortnahen Einsatzzentralen hat dabei hohe Priorität. Weitere Schwerpunkte sind die Förderung von Innovation, Forschung und Digitalisierung im Gesundheitswesen, um die Qualität der Gesundheitsversorgung zu steigern und die Effizienz und Zugänglichkeit der Gesundheitsdienste zu verbessern. Die Umsetzung des landesweiten Präventionsplans mit besonderem Augenmerk auf die Förderung eines

gesunden Lebensstils in enger Zusammenarbeit mit Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmedizinern sowie durch verschiedene Informationskampagnen bleibt ebenfalls ein zentrales Anliegen. Im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen sollen mehrere Verträge abgeschlossen werden, insbesondere der Vertrag für nicht-medizinisches Personal sowie der neue Landeszusatzvertrag für Allgemeinmedizin. Ein weiteres bedeutendes Ziel für das kommende Triennium ist die Zusammenarbeit mit der Universität Cattolica, um einen Medizinstudiengang in Bozen zu etablieren, sowie die Intensivierung der Forschungstätigkeit. Diese Maßnahmen werden dazu beitragen, die medizinische Ausbildung und Forschung in Südtirol maßgeblich zu stärken. Auch in Bezug auf die Studientitelanerkennung könnten sich neue Möglichkeiten ergeben. Im Bereich der Gesundheitsbauten sind wichtige Investitionsprojekte geplant, unter anderem die Sanierung des Bettentrakts des Krankenhauses Bozen, deren Kosten sich auf rund 134 Millionen Euro belaufen. Ein Teil dieser Kosten wird durch den PNRR finanziert. Weitere Investitionen betreffen die Krankenhäuser in Sterzing und Innichen, wodurch die Rolle dieser Einrichtungen als Grundversorgungskrankenhäuser durch diese Finanzspritzen gestärkt wird. Diese Maßnahmen sind ein entscheidender Schritt zur Modernisierung der Krankenhausstrukturen unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Bauweise; wir erwarten uns davon eine bessere Patientenversorgung auf höchstem Niveau, was Hygienestandards und Komfort betrifft, sowie optimierte Arbeitsabläufe. Nicht zuletzt sollen diese Maßnahmen den Standort Südtirol für Fachkräfte des Gesundheitsbereichs attraktiver machen. Südtirols Gesundheitssystem schneidet national und international gut ab, besonders in der Notfallversorgung, Onkologie und Pflege. Akute Gesundheitsprobleme werden hier schneller behandelt als im restlichen Staatsgebiet. Ältere und gebrechliche Menschen erhalten hochprofessionelle Betreuung.

Nicht nur der Klimawandel stellt uns vor große Herausforderungen. Auch die demografische Entwicklung stellt uns Aufgaben, die zusätzliche Ressourcen und neue Herangehensweisen notwendig machen.

Südtirol steht, wie viele Regionen in Mitteleuropa, vor der wachsenden Herausforderung des Arbeitskräftemangels. Gleichzeitig zeigt sich ein sogenanntes Fachkräfteparadoxon: Es gibt sowohl offene Stellen als auch qualifizierte Arbeitssuchende, die jedoch oft nicht zusammenfinden. Die wirtschaftliche Transformation verstärkt dieses Problem, so dass Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit gleichzeitig auftreten können. In diesem Kontext hat sich die Arbeitsmarktpolitik in Südtirol in den letzten Jahren grundlegend verändert. Statt Arbeitslosigkeit nur zu verwalten, wird nun eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben, mit dem Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen zu stärken und gleichzeitig den Personalbedarf der Betriebe besser zu decken. Der Arbeitsmarktservice wurde umfassend neu strukturiert und bietet nun maßgeschneiderte Dienstleistungen sowohl für Arbeitssuchende als auch für Unternehmen an. In Südtirol liegt die statistische Arbeitslosenquote in der Altersgruppe der 15- bis 74-Jährigen bei niedrigen 1,6 Prozent. Dennoch variiert der Monatsdurchschnitt der registrierten Arbeitslosen

zwischen 10.000 im August und 22.000 im November – diese Personen müssen individuell und mithilfe verschiedener Instrumente von den Arbeitsvermittlungszentren betreut werden. Mit der staatlichen, durch PNRR-Gelder finanzierten Beschäftigungsfähigkeitsgarantie „GOL“ unterstützen unsere Arbeitsvermittlungszentren Menschen dabei, sich für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und neue Chancen zu nutzen. Allein in diesem Jahr wurden 4.500 Assessments durchgeführt, um individuelle Vermittlungshemmnisse zu identifizieren und maßgeschneiderte Maßnahmen zu vereinbaren. Zudem wurde eine flächendeckende und dauerhafte Maßnahmeninfrastruktur für Arbeitslose in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen aufgebaut, die derzeit rund 1.000 Arbeitslose betreut. Diese aktive Arbeitsmarktpolitik sollte auch nach 2025 fortgesetzt werden, wenn die PNRR-Gelder für diese Maßnahmen auslaufen. Wir müssen verstärkt Maßnahmen ergreifen, um die Erwerbstätigkeit der in Südtirol ansässigen Bevölkerung zu erhöhen. Investitionen in eine effektive Arbeitsvermittlung sind entscheidend für die Zukunft unseres Landes und die Schaffung einer zukunftsfähigen Arbeitswelt. Der Einsatz von Technologie, Innovation und Digitalisierung sollte genutzt werden, um den Mangel an Arbeitskräften zu kompensieren. Sorgfältig geplante Investitionen können die Nachhaltigkeit verbessern und die Produktivität steigern, welche genauer zu messen ist.

Südtirol steht vor der wachsenden Herausforderung des Arbeitskräftemangels. Gleichzeitig zeigt sich ein Fachkräfteparadoxon: Es gibt offene Stellen und qualifizierte Arbeitssuchende, die nicht zusammenfinden.

Innovation prägt auch die drei Schulwelten unseres Landes. Bildung ist und bleibt eine Kernleistung. Aus der Sicht einer sprachlich-kulturellen Minderheit sind Schule und Kultur von grundlegender Bedeutung. Obwohl wir weniger Schülerinnen und Schüler haben, wird das Bildungsangebot breiter und intensiver. Das bedeutet mehr Unterricht, mehr persönliche Betreuung bis hin zu maßgeschneiderten Leistungen. Eine gute Ausbildung ist wichtig für die Zukunft einer Gesellschaft, bringt aber hohe Kosten für Personal, Lehrmittel und Organisation mit sich. Zugangsförderungen wie Schülertransport, Stipendien, Leihbücher und Heime sichern das Recht auf Bildung. Unser Ziel ist es, allen Kindern in Südtirol optimale Bildungschancen zu bieten, unabhängig von Herkunft und finanziellen Mitteln. Bildung ist ein Thema, das viele bewegt – wie die kontroverse Debatte rund um eine Sonder- oder Förderklasse an der Goethe-Schule in Bozen gezeigt hat. Leider hat die polarisierende Medienberichterstattung eine sachliche Diskussion erschwert und die Gemüter erhitzt. Es steht jedoch außer Frage, dass Artikel 19 des Autonomiestatuts unangetastet bleibt. Dieser garantiert die Errichtung von Kindergärten und Schulen, in denen der Unterricht in der Muttersprache der Kinder – also in deutscher oder italienischer Sprache – von Lehrpersonen erteilt wird, deren Muttersprache ebenfalls diese Sprache ist. Die Einhaltung dieses Grundsatzes genießt in der Südtiroler Schulwelt weiterhin höchste Priorität. Derselbe Artikel 19 enthält auch eine wichtige Bestimmung, die besagt, dass

die Eltern entscheiden, in welches der drei Schulsysteme – deutschsprachig, italienischsprachig oder ladinischsprachig – sie ihr Kind einschreiben. Gleichzeitig muss laut den Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut jedoch ein Ausgleich zwischen dem Recht der Eltern und dem Minderheitenschutz gefunden werden. Dieser Ausgleich stellt sicher, dass die Schulwahl keinen Einfluss auf die Unterrichtssprache hat. Mit dem Ziel, diese Frage zu regeln, wurde vor über 30 Jahren die Durchführungsbestimmung DPR 301/1988 erlassen. Sie sieht bekanntlich vor, dass zwischen dem 20. und dem 25. Tag nach Schulbeginn auf begründeten Antrag eine paritätische Sachverständigenkommission innerhalb von 10 Tagen begründet entscheidet, ob einzelne Kinder in den Kindergarten bzw. in die Schule der anderen Unterrichtssprache eingeschrieben werden müssen. Diese Regelung konnte bisher noch nie erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden. Zum einen stieß sie auf starken Widerstand aus Teilen der Bevölkerung, zum anderen gibt sie keine adäquaten Antworten auf die pädagogischen Fragen, die unter anderem durch Zuwanderung entstehen. Das Interesse der Menschen mit Migrationshintergrund sollte auf konstruktive Art und Weise genutzt werden, indem wir Wege zum Erlernen unserer Sprachen anbieten und die Kinder bereits im Vorschulalter fördern. Die Sprache ist der Schlüssel zur Kultur und bildet die Grundlage für den Erhalt einer Minderheit. Geht die Sprache verloren, verschwindet mit ihr auch die Minderheit selbst. Die Attraktivität des deutschsprachigen Schulsystems beruht auf seinem erfolgreichen Sprachunterricht, der langfristig die Sprachgruppenverhältnisse im Interesse der deutschsprachigen Minderheit sichert. Aus diesem Grund wird es in der muttersprachlichen deutschen Schule auch weiterhin keine bilingualen Klassen geben. Im Regierungsprogramm ist das Thema klar festgeschrieben:

„Jede Sprachgruppe legt im Rahmen der im Autonomiestatut festgelegten Grundsätze die Ausrichtung für die eigenen Schulen fest, den Notwendigkeiten und Prioritäten zur Erreichung der Bildungsziele entsprechend. Die muttersprachliche deutsche Schule ist die zentrale Säule zum Schutz und zur Förderung der deutschen Minderheit gemäß Artikel 19 des Autonomiestatuts. Das Erlernen weiterer Sprachen soll in diesem Rahmen erfolgen, die Errichtung von bilingualen Klassen wird nicht angestrebt.

Für die italienische Schule gilt, dass das bi- und und plurilinguale Modell unter Wahrung des Rechtes auf muttersprachlichen Unterricht angeboten werden kann. Mehrsprachige Projekte sollen verstärkt angewandt werden, um so die Erlernung der deutschen Sprache und einer weiteren Fremdsprache verstärkt zu vermitteln und zu fördern.

Die ladinische Schule zeichnet sich durch das paritätische Bildungsmodell in den ladinischen Tälern aus. Dabei steht die Stärkung der ladinischen Muttersprache bei gleichzeitiger Umsetzung von speziellen Ansätzen zur integrierenden Mehrsprachendidaktik in den Unterrichts- und Fremdsprachen im Mittelpunkt.“

Der wiedergegebene Auszug aus dem Regierungsprogramm zeigt, dass wir offen sind, innovative Wege zu gehen. Allerdings dürfen die Prinzipien unserer Autonomie, die dem Minderheitsschutz dienen, nicht in Frage gestellt werden. Es ist eine Tatsache, dass sich die Gesellschaft und ihre Bevölkerungsstruktur in den letzten Jahrzehnten gewandelt haben. Diese Veränderung schreitet voran und stellt die Schulsysteme vor neue

Herausforderungen, ebenso wie die Gesellschaft insgesamt. Das bereitet einigen Menschen auch Sorgen. Die statistischen Daten zur deutschsprachigen Schulwelt zeigen jedoch, dass diese Schulen nicht überdurchschnittlich von ausländischen Schülerinnen und Schülern besucht werden. Laut den Daten zum 2.10.2023 lag der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler in Schulen mit deutscher Unterrichtssprache bei 9,2 Prozent, in der italienischsprachigen Schule bei 23,6 Prozent und in der ladinischsprachigen Schule bei 6,7 Prozent. In einigen Schulen in den Ballungsgebieten sind diese Prozentsätze jedoch deutlich höher. Um die bestmögliche sprachliche Bildung aller Kinder und Jugendlichen garantieren zu können, wurden seit 2019 die Ressourcen im Bereich der Sprachförderung mehr als verdoppelt. In den Schulen wird laufend wissenschaftlich evaluiert, wie es um den Sprachstand der Schülerinnen und Schüler bestellt ist. Südtirol nimmt zudem an internationalen Vergleichsstudien teil. Die Ergebnisse liegen regelmäßig vor jenen aus anderen deutschsprachigen Ländern. Die deutschsprachigen Kinder in den Bozner Schulen erzielen keine schwächeren Leistungen als Gleichaltrige in anderen Schulen. Erfolg sollte jedoch nicht zu Selbstzufriedenheit verleiten. Vor diesem Hintergrund finden auf verschiedenen Ebenen ständig Diskussionen über Verbesserungsmöglichkeiten statt. In diesem Sinne werden jetzt mit einem Abänderungsantrag die Stellenpläne um 200 Stellen erhöht, um komplexeren Klassen qualifizierte Unterstützung zu garantieren. Die Aufteilung auf die drei Schulwelten erfolgt nach gemeinsamen Kriterien. Der Finanzbedarf beläuft sich auf zusätzliche 11 Millionen Euro im Jahr. Solche offenen, konstruktiven Gespräche werden auch weiterhin sinnvolle Ansätze hervorbringen – sowohl für das deutsche Schulsystem als auch für die italienische und ladinische Schule. Solange wir davon überzeugt sind, dass es konstruktive Lösungen gibt, werden wir sie auch finden.

Diese Haltung vertreten wir auch im Zusammenhang mit der aktuellen Autonomiereform und erkennen die Bereitschaft dazu auch bei jenen, die die italienische Regierung vertreten. Die Notwendigkeit der Reform ergibt sich insbesondere aus der restriktiven Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs nach der Reform des Abschnitts V der italienischen Verfassung im Jahr 2001. Durch den Erlass spezifischer Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut konnte dieser Interpretation nur teilweise entgegengewirkt werden. Die autonomen Gesetzgebungsbefugnisse unseres Landes wurden seit 2001 schrittweise eingeschränkt und ausgehöhlt. Dabei blieben die spezifischen Regelungen zum Minderheitenschutz (wie Sprachgebrauch, Proporz, Schule usw.) jedoch sowohl von der staatlichen Gesetzgebung als auch vom Verfassungsgerichtshof unberührt und wurden nie in Frage gestellt. Es ist mir wichtig, dies zu betonen, denn in der manchmal polemisch zugespitzten Diskussion über den Gesundheitszustand der Südtiroler Autonomie könnte man den Eindruck gewinnen, dass diese vollständig erodiert ist. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Die Notwendigkeit, die Standards wiederherzustellen, die 1992 zur Streitbeendigungserklärung vor den Vereinten Nationen geführt haben, wie Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in ihrer programmatischen Regierungserklärung eingeräumt hat, betrifft den Umfang und die Spielräume der Gesetzgebungsbefugnisse, die im Autonomiestatut dem Land und der Region zugestanden werden. Wie bereits in

Artikel 10 des Verfassungsgesetzes Nr. 3/2001 festgelegt, muss das Autonomiestatut durch ein Verfassungsgesetz an die neue Situation nach der Verfassungsreform 2001 angepasst werden, um so den ursprünglichen Gesetzgebungsspielraum wiederherzustellen.

Solange wir davon überzeugt sind, dass es konstruktive Lösungen gibt, werden wir sie auch finden. Diese Haltung vertreten wir auch im Zusammenhang mit der aktuellen Autonomiereform.

Die Arbeiten der technischen Arbeitsgruppe stehen kurz vor ihrem Abschluss. Obwohl möglicherweise nicht alle Forderungen erfüllt werden können, ist das bisher erzielte Ergebnis dennoch beachtenswert. Die Inhalte werden so bald wie möglich sowohl den beiden Landtagen als auch dem Regionalrat vorgestellt, um die nötige Bestätigung zu erhalten, dass für den vereinbarten Vorschlag die erforderlichen Mehrheiten vorhanden sind. Erst dann, wenn diese Bestätigung vorliegt, wird die italienische Regierung den Entwurf auf die Tagesordnung des Ministerrates setzen, um ihn nach seiner Verabschiedung als eigene Gesetzesvorlage dem Parlament zu übermitteln. Die eingebrachte Gesetzesvorlage zur Änderung des Statuts wird dann formell dem Regionalrat und den beiden Landtagen bekanntgegeben, die binnen zwei Monaten ihre Stellungnahme abzugeben haben. Gleichzeitig wird die eingebrachte Vorlage im Sinne des Pariser Vertrags und der nachfolgenden konsolidierten Staatspraxis auch der Republik Österreich offiziell zur Kenntnis gebracht. Die Genehmigung des Verfassungsgesetzes zur Änderung des Autonomiestatuts muss laut Verfassung (Art. 138) durch das Parlament erfolgen. Dabei sind zwei Genehmigungen mit qualifizierter Mehrheit in beiden Kammern im Abstand von drei Monaten erforderlich. Aufgrund der Bestimmungen des Autonomiestatuts (Art. 103, Absatz 4) ist in diesem Fall keine Volksabstimmung vorgesehen.

Südtirols Autonomie ist ein außergewöhnliches Schutzinstrument, das zeigt, welche positiven Ergebnisse der Mut zu einem konstruktiven und respektvollen Kompromiss hervorbringen kann. Das vereinbarte Maßnahmenpaket und der Operationskalender haben zu einem kontinuierlichen Austausch geführt, der das gegenseitige Verständnis gestärkt hat. Durch die Verwirklichung des „Paketes“ konnte nicht nur der Erhalt der kulturellen Vielfalt gesichert werden, unsere Bergregion hat sich vor allem auch von einem Armenhaus Europas zu einer der erfolgreichsten Wohlstandsregionen entwickelt. Die Autonomie hat die Südtirolerinnen und Südtiroler in die Verantwortung genommen, sodass wirtschaftliche und soziale Fortschritte erzielt wurden, die vielen anderen Regionen als Vorbild dienen. Diese Autonomie ist ein erfolgreiches Friedensinstrument, das das Zusammenleben der verschiedenen Sprachgruppen gefördert und somit eine stabile Grundlage für Wohlstand geschaffen hat. Wer heute behauptet, die Menschen seien nicht mehr an der Autonomie interessiert, liegt völlig falsch. Meine Erfahrung ist eine andere. Sehr viele Südtirolerinnen und Südtiroler sind sich dessen bewusst, wie wichtig unsere Autonomie ist. Viele haben die Häme satt, die Südtiroler Medien zu

diesem Thema verbreiten. Für viele Menschen in unserem Land sind die Autonomie und ihre Geschichte von großer Bedeutung, ich selbst zähle mich dazu und darauf.

Abschließend wage ich zu hoffen, dass das geplante Bibliothekszentrum zu einem fruchtbaren Symbol für die Südtirol-Autonomie wird. Es soll die kulturelle Vielfalt widerspiegeln und alle Sprachgruppen zusammenbringen. Dieses "Haus der Medien für alle Sprachgruppen und Generationen" soll ein Identifikationspunkt für die Menschen in Südtirol werden und gleichzeitig ein Bezugspunkt für die internationale Gemeinschaft. Das als sprachgruppenübergreifendes Bibliothekszentrum geplante Projekt, in dem die beiden Landesbibliotheken Dr. Friedrich Teßmann und Claudia Augusta sowie die Stadtbibliothek Bozen Cesare Battisti mit den Mediendiensten des Landes Platz finden werden, wird um ein Zentrum für Autonomie und Minderheitenschutz erweitert. Besucherinnen und Besucher werden hier mehr über den Südtiroler Weg erfahren und über die globale Bedeutung von Minderheiten und Konfliktlösung. Gerade angesichts weltweiter Krisen und Spannungen wird die Besonderheit der Südtirol-Autonomie deutlich. Dank der Vereinten Nationen konnte ein ethnischer Konflikt in Südtirol befriedet werden. Die getroffenen Kompromisse und gesammelten Erfahrungen dienen als Beispiel für Konfliktregionen. Obgleich Südtirols Situation einmalig ist, bietet sie die Möglichkeit, zentrale Mechanismen für ein friedliches Zusammenleben besser zu verstehen; wir haben die Chance, unsere Erfahrungen mit der Weltgemeinschaft zu teilen. Die Vereinten Nationen, Italien und Österreich unterstützen diese Idee. Das geplante Zentrum wird Südtirol kulturell bereichern und zu einem wichtigen Ort des Austauschs werden. Es wird den Ruf Südtirols als "kleines Europa in Europa" weiter stärken. Der Bau beginnt nächstes Jahr; 2028 wird das Zentrum eröffnet, um dem europäischen Ruf nach einem „United in Diversity“ zu folgen.

Abschließend wage ich zu hoffen, dass das geplante Bibliothekszentrum zu einem positiven Symbol für die Südtirol-Autonomie wird.

In Vielfalt geeint zu sein - das ist heutzutage eine enorme Herausforderung. Soziale Medien tragen zur Polarisierung bei, indem sie ihre Nutzerinnen und Nutzer in immer enger werdende Filterblasen einsperren, in denen hauptsächlich Gleichgesinnte ihre Meinungen teilen. Dies führt dazu, dass sich Menschen in unterschiedlichen Medienblasen bewegen und kaum noch miteinander in Kontakt treten und austauschen. Die zunehmende Fragmentierung erschwert den Dialog und verstärkt die Kluft zwischen den verschiedenen Gruppen. Das ist auch hier im Südtiroler Landtag zu beobachten. Traditionelle Medien bemühen sich zwar, eine breitere Perspektive zu vermitteln, doch stoßen sie oft an ihre Grenzen. Wir müssen alles dafür tun, Wege zu finden, um die Menschen wieder zusammenzubringen und den Fokus auf die verbindenden Werte der Gesellschaft zu lenken. Das Autonomiestatut mit seinen prägenden Gedanken und Werten kann dabei ebenso Orientierung bieten wie die allgemeinen Menschenrechte und das, was man vor nicht allzu langer Zeit als Respekt und Bildung bezeichnet hat. Unser Ehrenamt ist hier eines der wirksamsten Mittel, um wichtiges Sozialkapital zu schaffen und Menschen aus unterschiedlichsten Erfahrungswelten

zusammenzubringen, im Dienst gemeinsamer Werte. Auch deshalb ist unser Ehrenamt so wichtig. Wir müssen wieder mehr Räume schaffen, in denen Verständnis und Empathie gedeihen können. Dazu brauchte es keinen Rekordhaushalt, sondern guten Willen von allen Seiten. In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute Haushaltsdebatte.

In Vielfalt geeint zu sein - das ist heutzutage eine enorme Herausforderung.

Zusammenfassend möchte ich noch festhalten, dass wir nicht nur in Südtirol vor erheblichen Herausforderungen stehen. Ganz Europa befindet sich an einem Scheideweg. Kriege, wirtschaftliche Flauten und soziale Ungleichheiten bedrohen unsere Zukunft. Gut ausgebildete Jugendliche laufen Gefahr, finanziell schlechter gestellt zu sein als ihre Eltern. Eine alternde Gesellschaft, der Wandel der Arbeitswelt und die Klimakrise erfordern innovative Lösungen in Wirtschaft, Bildung, Technologie und im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit. Gleichzeitig bedrohen politisches Misstrauen und der Aufstieg populistischer Kräfte den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Folgen der Finanzkrise und vor allem der Pandemie wirken noch nach und müssen sachlich aufgearbeitet werden. Es ist also nicht alles gut, aber wir können vieles besser machen.

Der Haushalt garantiert die Finanzierung zentraler öffentlicher Leistungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, Mobilität oder Rechtssicherheit. Wesentliche neue Elemente sind eine moderate Anhebung der Steuerlast für hohe Einkommen, um Familien mit Kindern gezielt zu entlasten sowie Anreize für Unternehmen, die Löhne zu erhöhen. Hierbei geht um soziale Gerechtigkeit und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Weitere Schwerpunkte sind die Bekämpfung von Altersarmut und die Sicherung der Kaufkraft der Bediensteten öffentlicher Körperschaften. Wir setzen auf Forschung und Innovation, stellen uns dem Arbeitskräftemangel und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Die strategische Zuweisung von Haushaltsmitteln bildet eine solide Grundlage zur Bewältigung vieler Herausforderungen. Dafür sind nicht nur finanzielle Mittel erforderlich, sondern auch eine gute Zusammenarbeit. Mit „Einheit in Vielfalt“ im Blick wird es uns gelingen, selbst die größten Herausforderungen unserer Zeit mit Zuversicht anzugehen.

Mit „Einheit in Vielfalt“ im Blick wird es uns gelingen, selbst die größten Herausforderungen unserer Zeit mit Zuversicht anzugehen.

In Südtirol ist sicher nicht alles perfekt, und in vielen Bereichen stehen wir vor großen Herausforderungen. Dennoch haben wir gute Voraussetzungen, die uns mit Optimismus erfüllen sollten und uns ermutigen, unsere Aufgaben mit Zuversicht anzugehen. Machen wir uns an die Arbeit!